

Bezugspreis:

Stichtag 1.200 Mk. monatlich 2.50 Mk. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die schreibweise Standardzeile ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 7. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Fühlungnahme mit Rußland.

Die gestrige Sitzung des Friedensaus-

Wir haben unseren Standpunkt zur Frage der künftigen

Lebensmitteldiktatur.

Zu der Sitzung des Friedensauschusses

wachte der Reichsfinanzminister Dernburg

Wichtige Vorbereitungen in Paris.

Haag, 6. Mai. (H. R.) Aus Paris wird gemeldet:

Bekanntgabe des Präliminarfriedens

Paris, 6. Mai. (Havas.) Der Text des Präliminar-

Orlando und Sonnino bereits abgereist.

Haag, 6. Mai. (H. R.) Aus Paris wird gemeldet:

Paris, 6. Mai. (Reuters.) Die Beglaubigungsschreiben

Die französische Presse zur Rückkehr der Italiener.

Allgemeine Befriedigung.

Paris, 6. Mai. Die bevorstehende Rückkehr der ita-

Bestrafung Wilhelms?

Amsterdam, 6. Mai. (Reuters.) Auf eine Anfrage im Unter-

Haag, 6. Mai. (H. R.) Aus Paris wird gemeldet:

Französische Einladung an Ungarn.

Eine Folge des Räteregimes.

Haag, 6. Mai. (H. R.) Aus Paris wird gemeldet:

Dänemarks Forderungen.

Die Dänen zu Dänemark — Deutsch bleibt, was deutsch ist.

Kopenhagen, 6. Mai. Der dänische Verteidigungsminister

Wie kann Frankreich sich schützen?

Von Erich Ruiner.

Zu Beginn des Krieges konnte man in vielen Schau-

Vorwärts auf diesem Bilderbogen war ein kleiner fran-

Zu diesem Bilderbogen ist die deutsche vorrevolutionäre

Aus dieser Angsthypothese entsprangen dann die russischen

Das Beispiel ist lehrreich. Es zeigt, wie selbst die schroffste

Aber unter derselben Angsthypothese, wie die deutsche

Und nun sehen wir Clemenceau fast dieselben Mittel an-



Der Vereinigung mit Deutschland ferngehalten wird, auch wenn man einige Millionen Deutsche an Polen, Tschechen und Italiener ausliefert, auch wenn man Deutschlands Rüstungen beschränkt? Es bleiben trotzdem noch immer viel mehr Deutsche als Franzosen, und in einem Menschenalter wird das Zahlenverhältnis voraussichtlich für Frankreich noch ungünstiger sein.

Künstliche Fesselungen und Beschränkungen eines Volkes lassen sich aber, wie die Geschichte lehrt, nur ganz selten längere Zeit aufrechterhalten. Bei dem ersten Wechsel in der allgemeinen Konstellation werden die Fesseln abgestreift. Letzten Endes würde die Sicherheit Frankreichs doch nicht auf der Entwaffnung und Zerteilung des deutschen Volkes beruhen, sondern darauf, daß das gegen Deutschland gerichtete Syndikat der Sieger dauernd erhalten bleibe. Inzwischen aber lockern sich, wenn ihr Zweck erreicht ist, die Fesseln Deutschlands ist der wesentliche Bündnisgrund der Entente weggefallen. England und Amerika haben nichts von uns zu fürchten, der alleinige Zweck der Entente würde also der Schutz Frankreichs durch seine Verbündeten gegen die angenommene deutsche Revanchegefahr sein. Damit würde Frankreich in dem Bündnis die Rolle des ewig schutzbedürftigen und daher ständig auf die andern angewiesenen Gliedes spielen. Die Furcht vor Deutschland müßte es vollkommen von England abhängig machen. Und bei der ersten Trübung dieser Freundschaft (man denke z. B. an koloniale Gegenätze) stände Frankreich, das durch den Krieg auch einen fröhlichen Bundesgenossen, das mächtige Rußland, verloren hat, nur auf seine eigene Kraft angewiesen da.

So leben die Dinge mit imperialistischen Augen betrachtet aus. Trotz aller Sicherungen keine Sicherheit, trotz aller Fesselungen die ständige Angst, daß der Gefangene bei Gelegenheit ausbrechen könnte. Militarismus und Annexionsmühen können Frankreich gegenüber Deutschland genau so wenig sichern, wie Deutschland gegen Rußland.

Deshalb gibt es auch für Frankreich nur eine wirkliche Sicherheit: Nicht den Gewaltfrieden, sondern den wirklichen Frieden. Als Feind unter allen Umständen betrachtet und behandelt, wird Deutschland dem französischen Denken immer als Gefahr erscheinen, mag es auch noch so stark entwaffnet und bewacht sein. Aber auch hier schwindet die Gefahr mit der Voraussetzung der Freundschaft.

Nicht Deutschland für einen künftigen Krieg möglichst schlecht stellen, nicht mit äußerer Gewalt einen solchen Krieg zu verhindern suchen, sondern die inneren Möglichkeiten eines solchen Krieges zu beseitigen, das ist Frankreichs Interesse, das ist sein bester Schutz. Heute hat die Revancheidee im deutschen Volk keinen Boden, alle Gewaltmittel gegen die eingebilddete Gefahr können nur dazu führen, sie künstlich hochzuzüchten. Wie die innere Umgestaltung Rußlands Deutschland von der russischen Anglisthese erlöst hat, so sollte die deutsche Umgestaltung Frankreich von einer ähnlichen Besorgnis befreien. Dazu ist allerdings Voraussetzung, daß es sich von der alten militaristischen Betrachtungsweise frei macht.

Frankreichs bester Schutz gegen Deutschland ist die wirkliche Völkervereinigung gleichberechtigter Nationen, ein Völkerverbund, der nicht ein Trübsal der Sieger ist, sondern auf den Grundrissen der Gerechtigkeit, der Verständigung und der Veröhnung beruht und damit jeden künftigen Krieg unmöglich macht.

## Die Lage in München.

Aus München wird den P. P. R. gemeldet: Hier ist alles wieder ruhig. Es kommen noch vereinzelt kleine Schießereien vor. Unter den Toten befinden sich Gustav Landauer, Egelhofer, die Kommunisten Gansmann und Moser. Die Zahl der Toten, die auf einzelnen Friedhöfen eingeliefert wurden, beläuft sich auf etwa

800. Die Zahl der verletzten Soldaten und Zivilpersonen beträgt gegen 900. Auch in der Umgebung Münchens ist alles ruhig. Darüber, daß die Witwe Eisners verhaftet sein soll, ist nichts bekannt geworden. Ebenso ist nichts über das Schicksal von Levin, Levine und Toller bekannt. Näher ist verhaftet. Der Belagerungszustand besteht weiter. Es müssen sämtliche Waffen abgeliefert werden.

München, 6. Mai. (M.) Am gestrigen Nachmittag wurden in verschiedenen Stadtvierteln mehrere Spartakisten verhaftet, wobei es abermals Tote und Verwundete gab. Vom Arm der Kreuzstraße wurde am heutigen Vormittag ein spartakistischer Posten herabgeholt. Einige Gegendes Münchens sind durch einen Stacheldrahtzaun abgesperrt. Die Straßenkämpfe leben noch immer wieder auf. Die Meldung, daß noch weitere Geiseln umgebracht worden seien, beschäftigt sich erfreulicherweise nicht. Das kommunistische Revolutionstribunal wurde verhaftet. Dem Vorsitzenden soll der Prozeß wegen Hochverrats gemacht werden. Es ist ein Termin festgesetzt worden, bis zu dem alle Waffen, die in Händen von Privatpersonen sind, abzugeben sind. Heute sind auch neue Lebensmittelbeschränkungen angeordnet. Werden Verteilungen an die notleidende Gesamtbevölkerung stattfinden. Die kommunistischen Zeitungen wurden verboten. Die Anzeigen der kommunistischen Notizen werden gesperrt. Bei dem Einzug der Regierungstruppen sind große Demonstrationen vorgekommen. Der sozialdemokratische Partei sind zahlreiche Beschwerden zugegangen über willkürliche Verhaftungen, drakonisch und übertriebene Exekutionen, welche die sofortige Einsetzung eines besonderen staatlichen Untersuchungsorgans der Regierung Hoffmann notwendig machen.

München, 6. Mai. Die Kommunistenregierung hat für über eine Million falscher 20-Mark-Scheine gedruckt und in Umlauf gebracht. Der Christhof ist gegenwärtig für den allgemeinen Verkehr gesperrt. Dort liegen etwa 160 Tote, zumeist Personen, die bei der Einnahme Münchens durch Regierungstruppen oder durch kämpfende Spartakisten zufällig oder im Kampf erschossen wurden, sowie auch Revolutionäre, die erschossen wurden; unter diesen befinden sich Toller, Egelhofer und Saitheimer. Am Montagabend wurde die Privatsekretärin Egelhofers, Martha Lohde, verhaftet, die bereits an den Spartakistenaufrufen in Bremen und Leipzig beteiligt war.

## Die Demokratisierung der Wirtschaft. Der Wesentwurf über Betriebsräte.

Berlin, 6. Mai. Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte fertiggestellt. Die Betriebsräte sollen an die Stelle der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse treten, jedoch erweiterte Befugnisse erhalten. Hierbei wird auch das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geregelt werden. Der Entwurf wird in nächster Woche mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

## Konfusionsräte.

In der Dienstagmorgenausgabe des „Vorwärts“ befindet sich eine Erklärung der U. S. P. D.-Mitglieder des Berliner Volksrates, die sich mit dem Beschluß der letzten Vollversammlung des Groß-Berliner Arbeiterrats befaßt, den als Arbeiterrat gewählten Volkspräsidenten von Charlottenburg, Genossen Richter, aus der Vollversammlung auszuschließen. Daran schließt sich eine „Feststellung“ der Fraktion der U. S. P. D., daß gar kein Antrag auf Ausschluß des Volkspräsidenten gestellt worden war, daß vielmehr der Vorsitzende den kommunistischen Protest irrtümlich als Antrag aufgeführt und zur Abstimmung gebracht habe.

Das ist sachlich nicht ganz richtig. Die Kommunisten haben zur Geschäftsführung einen Protest abgegeben gegen die Anwesenheit des Genossen Richter. Was mußte nun geschehen? Der Vorsitzende hätte den Protest zur Kenntnis nehmen sollen und alles beim alten lassen. Der Sinn des Projektes aber war, den Genossen Richter aus der Versammlung auszuschließen. Und da

der Vorsitzende das auf den bloßen Protest einer Partei hin nicht tun wollte, so hat er die Versammlung befragt, ob sie diesen Protest erteilt. Damit war die Form des Antrags gegeben. Die Versammlung hat in ihrer Mehrheit dann mit Ja geantwortet und damit war der konfuse und lächerliche Beschluß gefaßt.

Wir haben schon früher beim großen Berliner Generalkongress die hanebüchene Verworfenheit dieser Männer, die alle politische Macht für sich beanspruchen wollen, bemerken müssen, als sie mit großer Mehrheit, einer kritiklosen Gemütsaufwallung folgend, den verbrochenen Beschluß faßten, der Berliner Bevölkerung Wasser, Gas und Elektrizität abzuschneiden, ein Beschluß, den man am nächsten Tage mit ebenso großer Majorität als Unfug bezeichnen mußte.

Die Erklärung der U. S. P. D.-Arbeiterräte geschieht durch ihren Inhalt die Konfusion zu, die in den Köpfen ihrer Mitglieder herrscht, denn wenn sie den Protest der Kommunisten nicht als Antrag erkannt hätten, über den abzustimmen sei, warum haben sie denn darüber abgestimmt, warum haben sie nicht gleich erklärt, der Protest ist eine Farce, über den abzustimmen eine Unmöglichkeit ist? Für die Stimmungsmomente, die so wenig innere Festigung zeigen, ist die Bezeichnung Konfusionsräte viel zutreffender als der Ehrentitel Arbeiterräte.

Was bisweilen in der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vorgeht, ist wahrscheinlich geeignet, den Rätegedanken aufs schwerste zu kompromittieren. Ein gleich hohes Maß von Begriffsverwirrung und Unklarheit ist noch selten in einer Körperschaft zutage getreten, von der alle ehrlichen Anhänger der Fortentwicklung der Arbeiterräte ein höchstes Maß von Aussehen wünschen. Die Ursachen dazu liegen tief. Sie wurzeln in der Parteigeheißigkeit, die dort fortgesetzt triumphiert. Damit wird der gute Kern geschädigt, der im Arbeiterratsgedanken an sich liegt.

## Sie annektieren schon wieder!

### Altdänemark bis zur Nordspitze Jütlands.

Kurd von Strang, so heißt ein edler Altdänischer, der im Jahre 1917 in einer Schrift das Geschick ablegte, daß er diesen Krieg von Anbeginn her begehrt und herbeigesehnt habe. Jetzt behandelt er in der „Deutschen Zeitung“ die norddänische Frage. Natürlich ist es für Herrn Kurd von Strang ausgemacht, daß in Norddänemark keine Dänen wohnen, sondern nur gewaltsam seinerzeit von Dänemark jenseits der Ostsee, nämlich Preußen und Angeln. Aber einmal im Zug, kennt Herr Kurd von Strang kein Halten mehr. Zehn Zeilen später entdeckt er bereits, daß Deutschland im Gegensatz „auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes“ von Dänemark das Amt Riebeck mit Janz zurückzufordern habe! Und weitere fünf Zeilen später ist Herr Kurd von Strang glücklich bei der Feststellung gelangt, daß es auf der Halbinsel Jütland überhaupt keine echten Dänen gibt, sondern nur Nachkommen der deutschen Jütland. Er kann halt nicht anders.

Wir geben Herrn Kurd von Strang völlig recht. Die Dänen sind natürlich nur eine böswillige Erfindung der Engländer, ebenso wie die übrigen fremden Völker, die überhaupt nicht existieren. Die ganze Welt wird von Deutschen bewohnt und gehört rechtmäßig zu Deutschland, da alle Völker ursprünglich Germanen waren, höchstens mit Ausnahme der Juden, deren Abstammung von den deutschen Jüten noch nicht ganz erwiesen ist.

## Die erste Tagung der Nationalversammlung in Berlin.

Berlin, 6. Mai. Die Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung in Weimar haben beschlossen, am Sonnabend, den 10. Mai, Fraktionssitzungen in Berlin abzuhalten. Die Eisenbahnerverwaltung hat zu diesem Zweck angeordnet, am Freitag den Parlamentstag nach Weimar verkehren zu lassen, und hat auch weitere Reiseerleichterungen zugesagt.

## Der Flug über den Ozean.

Von Th. Wolff-Riedensau.

Nach einer heftigen Weibung aus St. John (Neufundland) ist Rasham Mittwoch um 3 Uhr nachmittags zum Flug über den Ozean gestartet. Hawker sollte eine Stunde später folgen.

Am 21. Juli 1910 glückte dem französischen Flieger Bleriot als Erstem in der Geschichte der Welt der Flug über den Kanal. Zum ersten Male hatte ein Luftfahrzeug ein Meer überflogen. Dort, wo Bleriot landete, in der Nähe von Dover, steht heute ein Denkstein, der die Erinnerung an jenen historischen Flug der Menschheit verewigen soll.

Seitdem ist noch kein Jahrzehnt vergangen, oder schon sind für unsere Luftfahrzeuge Wege wie der von Calais nach Dover zu unbedeutenden Spazierfahrten geworden. Der Krieg besonders hat die Leistungsfähigkeit des Luftschiffes von Flugzeugen in vordem unangesehener Höhe erhöht. Heute stehen sie unmittelbar vor der großen Tat der Luftschiffahrt, dem Flug über den Ozean. Noch ist er nicht erfolgt, oder jeder Tag kann die Kunde bringen, daß er zur Tat geworden ist. Ein unerhörter heftiger Wettkampf ist entstanden, zu dem die Flieger und Luftschiffe haben und drängen in die Schranken treten.

Aber auch unter den Seelern der Rüste selbst tobt der Kampf um die Priorität. Wer wird zuerst den Ozean überfliegen, Luftschiff oder Flugzeug? Das ist jetzt die Frage. Gegenwärtig dürften wohl dem Luftschiff die größeren Aussichten zugewendet werden. Was unsere Luftschiffe zu leisten vermögen, haben sie im Kriege bewiesen, der ihnen oftmals Gelegenheiten bot, ganz gewaltige Flugstrecken zurückzulegen, die noch weit größer waren als die Luftlinie Europa-Amerika. Ganz kürzlich erst ist die Fahrt eines deutschen Luftschiffes, über die bis zum Waisenhausstand das Schweregebot verhängt war, bekannt geworden, die eine erheblich größere Leistung als die einer Fahrt über den Ozean darstellt. Das Marine-Luftschiff L. 59 wurde im November 1917 beordert, unterst kämpfenden Afrika-Truppen Munition und Arzneien zu überbringen. Am 21. November, morgens um 8 Uhr, stieg es in Jambouli in Bulgarien zu seiner Fahrt auf, die es über Adrianopel, Smyrna, über das Mitteländische Meer hinweg nach Afrika, durch die Arabische Wüste bis nach Suez in Ägypten trug. In 17 1/2 Stunden hatte es 59 000 Meilen zurückgelegt. Das gleiche Ziel wurde allerdings nicht erreicht, denn am Nachmittag des zweiten Tages seiner Fahrt erhielt das Luftschiff funktentelegraphisch den Befehl zur Umkehr, den zwingende militärische Gründe veranlaßt hatten. In genau vier Tagen hatte das Luftschiff in ununterbrochener Fahrt 7300 Kilometer zurückgelegt, eine Strecke, die die Entfernung von Berlin nach New-York ganz erheblich übersteigt. Diese auch jetzt noch ganz einzig dastehende Fahrt bedeutet den Beweis, daß das Luftschiff den Anforderungen, die die Fahrt über den Ozean stellt, vollständig gewachsen ist. Von den zahllosen Dingen, die zur Verbindung Europas mit Amerika auf dem Luftwege in Betracht kommen, beträgt die Strecke Island-Neufundland nur etwa 2600 Kilometer. Allerdings kommen für eine Fahrt über den Ozean ganz andere klimatische Verhältnisse als für jene Fahrt von Jambouli nach Suez in Betracht, die klimatische Verhältnisse von

allen sind erheblich ungünstiger und erfordern größere Vorbe- reitungen.

Aber lange wird die Ozeanfahrt sicher nicht mehr auf sich warten lassen. Von beiden Seiten ist der Kampf zur Bewingung des Ozeans aufgenommen worden. Von den verschiedenen Projekten, die diesem Ziele dienen, sei der Plan des englischen Luftministeriums erwähnt, das gegenwärtig mit den Vorbereitungen beschäftigt ist, ein nach dem Zeppelin-Typ gebautes Luftschiff R. 33, das sich acht Tage lang ununterbrochen in der Luft halten können soll, auf die Reise zu schicken. Ebenso läßt das Marine-Departement der Vereinigten Staaten mit einem neuartigen Luftschiff L. 5, Probefahrten ausführen, die der Vorbereitung für denselben Zweck dienen. Für die Herstellung eines Luftverkehrs London-New-York soll die englische Admiralität Pressmittel- lungen auslösen mit dem Bau von Luftschiffen ganz ungeheurer Dimensionen beschäftigt sein, die 60 Tonnen Tragkraft und einen Aktionsradius von 13 000 Kilometern haben sollen. Dieser Luftverkehr soll jedoch erst im Jahre 1920 aufgenommen werden. Für die deutschen Luftschiffe, die Primäre für die Luftschiffahrt aller übrigen Länder geworden sind, ist bei dem gegenwärtigen Stande unserer trüben inneren Verhältnisse und unser äußeren Beziehungen wohl kaum Aussicht zur Beteiligung an dem Wettbewerb um den Ozeanflug, in dem sie sonst an erster Stelle zu sehen hätten. Viel Aufmerksamkeit in technischen und Luftfahrerkreisen findet jedoch gegenwärtig ein Projekt des Ingenieurs Gustav Unger in Hannover, der der Erfinder eines neuen Luftschiffes ist, bei dem Stahl statt Aluminium als Baumstoff verwendet wird. Die hierdurch erreichte Steigerung der Stabilität und Leistungsfähigkeit soll das neue Luftschiff nach den Berechnungen des Erfinders in den Stand setzen, innerhalb 60 Stunden die Fahrt über den Ozean zu machen.

Aber auch die Flieger sind in heißem Eifer mit den Vorbereitungen zur Bewingung des Ozeans befaßt. Dem Flieger, der die große Aufgabe löst, winkt ein Preis von 10 000 englischen Pfund, den die „Daily Mail“ hierfür ausgesetzt hat, ein vielleicht noch größerer Ansporn aber dürfte wohl der Sport- und Rekord-eifer sein, der gegenwärtig wohl auf keinem anderen Gebiete so stark wie auf dem der Fliegerei ist. Für das Flugzeug sind von vornherein wesentlich andere und schwierigerere Bedingungen zur Erreichung des gesteckten Zieles gegeben als für das Luftschiff. Das Flugzeug kann sich nicht so lange ohne Unterbrechung in der Luft halten wie jenes und wie auch nur für die kürzeste Verbindungsstrecke zwischen Europa und Amerika auf dem Luftwege, die über Island-Neufundland notwendig wäre. Denn das Gesamtgewicht an Brennstoff für diese Strecke übersteigt die Tragfähigkeit selbst der gegenwärtig größten und stärksten Flugzeuge. Ein Flugzeug also, das den Ozean überfliegen will, muß auf alle Fälle mehrere Zwischenlandungen zur Aufnahme von Betriebsstoff vornehmen. Dadurch ist es zu erheblichen Hindernissen und Aufschüben gezwungen, wodurch es viel mehr Zeit für den Gesamtflug braucht wie das Luftschiff. Flieger haben denn auch erklärt, daß der Flug über den Ozean, so lange er nicht ohne Zwischenlandungen auszuführen werden könne, für sie des sportlichen Wertes und Reizes entbehre. Engländern und Amerikanern hingegen läßt auch hier die Sport- und Rekordlust keine Ruhe, und man ihnen dürften daher wohl über kurz oder lang der erste Atlantik-Flug zu erwarten sein. Das englische Luftministerium ist mit

dem Projekt einer regelrechten Ozean-Flugpost beschäftigt. Auch das Marine-Departement der Vereinigten Staaten will den Ozean-Flug ausführen lassen, für den ein Curtiss-Flugzeug in Verwendung genommen werden soll. Der schwedische Luftmillionär Chr. Hannevig hat für den Ozeanflug ein Luftschiff gezeugt lassen, für das er den bekannten schwedisch-amerikanischen Flieger Sundblad gewonnen hat.

Auch das Flugzeug wird den Weg über den Ozean machen, aber heute schon darf gesagt werden, daß dem Gelingen dieser Leistung in wesentlichen nur sporadische Bedeutung zukommt. Für die Flugpost Europa-Amerika, die über kurz oder lang Wirklichkeit werden wird, bringt das Luftschiff ganz andere praktische Anlagen mit als das Flugzeug, vor allem die ungleich größere Tragfähigkeit, die eine bedeutende Aufnahme von Passagieren, Post und Gütern gestattet, und die wesentlich schnellere Ausführung des Liefervertrages.

Stufe worauf die Welt in Spannung auf die Kunde von dem ersten Flug über den Ozean, der abermals eine neue Etappe jener großartigen wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sein wird, die Menschen und Länder näher einander bringen soll.

## Das Friedensgericht.

Wie der Kaiser in dem Reich, Also rührt der Rat der Dreie In dem biden Friedensbreite Zu Versatz.

Hilf! Ein Gramm Verständigung In die Annelierungsgrille, Daß der Kaiser leichter Siege Durch den Sölung!

Gud mal! Ritter Wilsons Punkt! Schön! Beschnippen wir ein bißel, Und dann sette in die Schüssel Ringpunkt!

Nun ein Frieden Völkerecht. Rag es in der Tasse fieden! Auch ein Luentchen em'ger Frieden Wär' nicht schlecht!

So, nun wege das Gebiß, Greif zum Eßfel, armer Nischel, Gäng dir um den Suppenstichel Und dann fröh!

Trotz.

## Notizen.

— Russl. Zu dem veranlaßt: Walter Fischer am Donnerstag, 8. Mai, ein Orgelkonzert. Eintritt frei gegen Entnahme eines Programms.

— Fortäne. Am Vestinghaus (Beiderstr. 18) spricht Donnerstag, den 8. Mai, 8 Uhr, Frieda Bindelmann über „Leistungsgeschichte des Menschengeistes“.

— Walter Hasenclever trägt am 9. Mai im Vestinghaus zwei Vorträge vor.



# Das Erlöschen des oberschlesischen Streiks.

## Auch Heinitzgrube arbeitet.

Kattowitz, 6. Mai. Auf der Heinitzgrube ist der Beamtenstreik beigelegt worden. Sämtliche Beamtenabteilungen sind zurückgezogen worden. In Eintrachtstätte ist ein kleiner Lohnstreik entbrannt. Sonst herrscht jetzt Ruhe im oberschlesischen Industriebezirk.

# Nochmals: „Mäßig Euch“.

## Eine Erwiderung.

Herrn E. D. Bernstein schreibt uns:

Ist es zuziel verlangt, wenn man erwartet, richtig gelesen zu werden?

Der Verfasser des Eingekamts „Mäßigung nach allen Seiten“ liest aus meinem Artikel „Mäßig Euch“ den Rat heraus, auf die Forderung der Entente über die Verpfändung des Saargebietes an die Franzosen einzugehen, und entrüstet sich nun darüber, daß ich so willig mich dazu bekenne, Menschen, die doch vom Gebiet nicht zu trennen sind, gleich Sachen in Pfand zu geben. Wer aber sich die Mühe gibt, meinen besagten Artikel nachzulesen, wird nichts von solcher Bereitwilligkeit darin finden. Er legt nur die Tatsachen dar, welche der Forderung der Entente zugrunde liegen, und fordert zur ernsthaften Berücksichtigung dieser Tatsachen auf, als das einzige Mittel, eine günstige Lösung der Frage des Saargebietes zu erzielen.

Obwohl der Einsender wirklich, daß ich irgendeine Lösung dieser Frage, bei der das politische und wirtschaftliche Recht der Bevölkerung preisgegeben wird, als „günstig“ anerkennen würde? Dann kenn ich mich sehr schlecht. Ich will Ihnen verraten, daß gerade die Sorge für das Recht der Bevölkerung des Saargebietes meine bestimmenden Beweggründe bildet. Ich verstehe natürlich nicht die große wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes für Deutschland und bin durchaus dafür, daß die deutsche Friedensdelegation alles aufbietet, was in ihrer Möglichkeit liegt, Söhne und Menschen für Deutschland zu retten. Es ist aber unmöglich, sich darüber zu täuschen, daß die Ansichten auf dieser Seite sind, die Gegenstände zum Verzicht auf jede Art von Befugung zu bewegen. Ein noch so fotografisches Nein läßt die Franzosen nicht aus dem Saargebiet hinaus. Es würde dagegen die Gefahr eines verschärften Druckes auf die Bevölkerung nur steigern. Was in dieser Sache erreicht werden kann, wird nur auf dem Wege der Verständigung erreicht werden können.

In dieser Hinsicht nun werden alle Forderungen, die sich auf die Sicherung der Rechte der Bevölkerung beziehen, am ehesten noch Aussicht auf Berücksichtigung haben. Für sie sprechen die stärksten Gründe, für sie kann man vor allen Dingen und mit dem größten Recht sich auf die Erklärungen Wilsons berufen, die seitens der Entente in der Einmütigkeit in die Kapitalisation zugrunde gelegt wurden. Es kann und muß gefordert werden, daß die Bevölkerung des Saargebietes gegen jede Beschränkung ihres Selbstbestimmungsrechtes in Bezug auf Nationalität und Verwaltung geschützt wird, mit anderen Worten, daß bei der endgültigen Entscheidung ihrer nationalen Zugehörigkeit sie und ihre mündigen Kinder ausnahmslos und allein Stimmrecht haben und ihnen die volle Selbstregierung verbleibt, daß keine Ausweisung aus sogenannten Sicherheitsgründen oder zeitweilige Auswanderung sie dieser Rechte berauben darf. Kein sichhaltiges Argument kann gegen diese Forderungen vorgebracht werden, sie sind von vornherein der Zustimmung aller demokratisch denkenden Elemente im Lager der Entente sicher.

In ähnlichem Geiste wären die Forderungen auf sachliche Pfänder zu behandeln. Auf Einzelheiten darüber im voraus einzugehen, verdient sich aus leicht begreiflichen Gründen, ihre Erwiderung muß den Unterhandlungen der berufenen Stellen überlassen bleiben. Ich glaube das in meinem Artikel verständlich genug angedeutet zu haben. Die Bemerkungen des Einsenders nötigen mich, es ausdrücklich zu betonen. Im übrigen wiederhole ich, daß Versprechungen nur dann und in dem Maße auf Berücksichtigung rechnen können, als sie durch Vertrauen in den festen Willen zu ihrer Einhaltung unterliegt werden, und daß daher die Verpflanzung dieses Vertrauens der Voraussetzung der Existenz der Republik und der Sprache ihrer Organe sein muß.

# Antisemitische Freiwilligenwerbung.

Zu der in unserer heutigen Morgenausgabe gemeldeten antisemitischen Freiwilligenwerbung wurde in der heutigen Pressekonferenz von der zuständigen Stelle folgende Mitteilung gemacht: Der Ministerpräsident des Reiches hat sich wiederholt an das Reichsministerium gewandt, man möge ihm mit Werbungen haushalten, was jedoch jedesmal abgelehnt wurde. Auch die Anträge Posthofs, ihm Geldmittel zur Verfügung zu stellen, sind abgelehnt worden. Es kann sich bei den fraglichen Werbungen nur um eine bewusste Täuschung handeln. Dem Auftrag wird gehorcht werden.

Das Pressamt des Reichsministeriums teilt noch mit: Der Aufruf ist eine willkürliche Arbeit des Verfassers. Das Reichsministerium hat mit diesem Aufruf nichts zu tun.

## Ritualmordhege.

Der faule „Ausbruch für Volkswirtschaft“ macht nicht nur in unbefugter Verbindung antisemitischer Freilord, sondern er sucht auch gleich das Feld für Pogrome zu öffnen, die wahrscheinlich von seiner Freiwilligenarmee militärisch geleitet werden sollen. Im „Perf. Tagel.“ wird ein Aufruf dieses Ausdrucks wiedergegeben, der in blödeste Form das Ritualmordmärchen aufwärmt. Da wird erzählt, daß 100 Kinder in Berlin ermordet und zu Hegenmuth verarbeitet worden wären. Im Anschluß daran heißt es:

Ist es denn unter solchen Umständen ausgeschlossen, daß Tausende von Kindern noch weiter abgeschlachtet werden und schon geschlachtet sind? Geht ihr denn nicht, daß auch unter diesen Umständen das gleiche Los droht? Wir wissen ja alle, daß bestimmte Seiten zur Auffrischung ihres minderwertigen Blutes aus rassistischen Gründen ihren Opfern unter den grausamsten Qualen das Blut abzapfen! Ist es nicht sonderbar, daß in diese Kinder zur Zeit der Opfer herbeischwanden, zur Zeit, da gerade die alten Opfer gefeiert wurden? Deutsche Väter! Wollt ihr euch und euren Kindern ein gleiches Schicksal bereiten? Wollt ihr euch und schafft wieder Ordnung im Reich? Vernichtet und tötet alle, die sich gegen die göttliche Ordnung erheben! Es ist höchste Zeit! Fort mit den Verbrechern!

Es ist unseres Erachtens höchste Zeit, daß dieser Gesellschaft gründlich das Handwerk gelegt wird. Diese Hege zu Gewalttätigkeiten von rechts übersteigt alles, was je von spartanischer Seite geschrieben oder geredet worden ist.

# Wahlen zum Arbeiterrat.

In der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins am 3. Mai gab Richard Müller die vom Volksgenrat ausgearbeiteten Richtlinien zu den demnächst stattfindenden Neuwahlen bekannt. Den Ausführungen fehlte die Hauptidee, der Gedanke der Demokratie und des Sozialismus. Nach den Ausführungen würde ohne weiteres der Mittelstand zu den Kapitalisten geschlossen. Mühen ginge es das Wahlergebnis veranlassen.

Müller führte unter anderem aus, Wahlberechtigte sind nur solche Kleinrentner, die lediglich vorübergehend eine Hilfskraft beschaffigen, z. B. ein Schuhmacher, der sein Gewerbe allein ausführt und sich lediglich hin und wieder eine Hilfskraft nimmt, ist wahlberechtigt, während der ständig eine Hilfskraft beschäftigt, als Kapitalist betrachtet wird, mithin vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Das gleiche tritt besonders scharf in Vordergrund beim Friesengewerbe, Gärtnerwesen usw. Noch scharfer tritt dies hervor bei den Ausführungen, daß jeder Direktor, Prokurist usw., der an dem Reingehalt des Betriebes, bei dem er tätig ist, durch eine Gratifikation beteiligt ist, als Kapitalist von Richard Müller vom Wahlrecht ausgeschlossen wird. Es würde mithin die ganze Gruppe der im Bankfach Angestellten aufscheiden, denn es ist in dieser Branche üblich, daß die Angestellten neben einer Gehaltsgratifikation noch fortgesetzlicher Generalversammlung eine weitere Gratifikation bekommen, die der Aufsichtsrat nach den Vertragsbedingungen des abgelaufenen Geschäftsjahres festsetzt. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch bei verschiedenen Industriezweigen z. B. Voreas. Es wäre doch ein Unglück, wenn man den Direktor und Prokuristen ausschließt, dagegen den unter gleichen Verhältnissen arbeitenden sonstigen Angestellten das Wahlrecht einräumt. Es ist unbedingt notwendig, daß der Passus betreffend Lantienempfang ausgeschlossen wird.

Ferner dürfte es sich empfehlen, auch den Klein-Gewerbetreibenden, die bis zu drei Gehilfen und einen Lehrling beschäftigen, das aktive und passive Wahlrecht zu geben. Denn wenn der Jurist, der Schriftsteller und Künstler, die zu Ausübung ihres Berufes Hilfskräfte beschäftigen das Wahlrecht besitzt, so muß es doch unbedingt den Klein-Gewerbetreibenden auch eingeräumt werden, da es bekannt ist, daß manche Juristen noch mehr als 6 Köpfe beschäftigen.

Weiter dürfte sich empfehlen, daß die ganzen Rentkassen nach Berufsgruppen durchgeführt werden und nicht nach Betrieben. Die Arbeitslosen hätten dann in der Gruppe zu wählen, zu der sie beruflich gehören. Nur so ist es zu verhindern, daß eine Person mehr als einmal wählt und es würde sich auch der von Richard Müller angeführte Auf- und Abwan damit erledigen.

Aus den ganzen Ausführungen geht hervor, daß die Unabhängigen sowie die kommunistischen Kräfte vor der wahren Demokratie, da es ihnen sonst unmöglichweise nicht gelingen würde, die Mehrheit in der Vollversammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Kommunalen-Arbeiterräte Groß-Berlins zu erlangen.

In dem Liebknecht-Lugenburg-Prozess sind zur Hauptverhandlung 70 Zeugen und 7 Sachverständige vorgeladen, darunter die Gch. Medizinalräte Dr. Leppmann und Dr. Strahmann, Gerichtsarzt Dr. Marg, Gch. Medizinalrat Prof. Dr. Vier und Schlichter-Verständiger Baralla. Wie wir hören, haben auf Veranlassung der Reichsregierung je ein Mitglied des Zentralrates der Republik und des Volksgenrates der A- und S-Räte allen Genehmigungen während der Voruntersuchung beigewohnt, ebenso ein Staatsanwalt, der auch das Prozedere ausübte. Ob ein solches Verfahren, gegen welches die Angeklagten einen Einspruch nicht erhoben hatten, mit der Prozedur vereinbar ist, wird wohl zum Gegenstand gerichtlicher Erörterung gemacht werden.

Der Weg zum Frieden. Die Gesellschaft „Kaufmann und Werben“ hatte vorgestern abend nach dem Schloßpark in Steglitz eine Versammlung einberufen, die gut besucht war. Die Genossen Rottebohm, Münster und Franke-Berlin sprachen über den Weg zum inneren Frieden. Es hatte sich auch eine Anzahl Spartakisten eingefunden, die aber, abgesehen von einigen Zwischenrufen, nichts in die Suppe zu broden hatten. Genosse Rottebohm warf die Frage auf, wie kommen wir zum Sozialismus? Er beantwortete sie dahin, daß wir ihn nicht durch Streik und Sabotage erreichen, sondern nur durch unangestregte Arbeit aller, in solidarischen Zusammenwirken der gesamten werktätigen Bevölkerung. Referent Franke befragte die Frage der auswärtigen Politik. Er erklärte es für absurd, die Schuld am Krieg den deutschen Imperialisten allein zuzuschreiben. Die Solidarität des internationalen Proletariats ist der einzige Schutz gegen den weiteren Mißbrauch der Massen, es sei aber eine gefährliche Annahme, daß in allernächster Zeit die Erhebung des französischen und englischen Proletariats erfolgen könne. Vorau eine wohlthätige Politik aufzubauen, wäre ein Wahnsinn. Die organische Entwicklung auf dem Wege innerer und äußerer Gleichberechtigung sei die einzige Gewähr für eine glückliche Zukunft der deutschen Arbeiter und der der Welt.

# Preussische Landesversammlung.

18. Sitzung, Dienstag, den 6. Mai 1910, nachmittags 2 Uhr.

Am Regierungstische: Herr, Dr. Edeleson. Der zweite Vizepräsident Frenkel eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Präsident Veinert ist wegen seiner Teilnahme an der deutschen Friedensdelegation in Versailles bis auf weiteres verhindert, an den Sitzungen der Preussischen Landesversammlung teilzunehmen.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht des Geschäftsvorstandes über die Schaffung einer dritten Vizepräsidentenstelle. Referent Aba Meier: Der Ausschuss hat sich dahin entschieden, die Frage, ob ein dritter Vizepräsident zu bestellen sei, sofort zur Erledigung zu bringen, damit die Wahl es sofort erfolgen kann.

Das Haus beschließt eine Erörterung nach dem Ausschussantrage.

Abg. Hersth (Zentr.) schlägt vor, für die Reihenfolge der drei Vizepräsidenten heute sofort eine feste Regelung zu beschließen.

Der entsprechende Antrag Herold wird angenommen und zum dritten Vizepräsidenten des Hauses der Abg. Dr. v. Riese (Dnat. Sp.) durch Rufus gewählt.

Das Mandat des Abg. Rau für den neunten Wahlkreis des Regierungsbezirks Oppeln erklärt das Haus für erloschen.

## Erste Lesung des Etats.

Es findet zunächst eine allgemeine Aussprache statt. Abg. von der Osten (Dnat. Sp.): Es steht zu bezweifeln, daß das vorhandene Defizit sich noch vergrößern wird. Im Interesse des Wirtschaftslebens darf man den Sozialisierungsbestrebungen nicht allzu weit nachgeben.

Anschließend der Vizepräsident auf dem Gebiete der Schule durchzuführen will, wird auch der Schulrat durch gesetzliche Kosten für technische Aufgaben, z. B. in Verbindung mit der Einführung der Einheitschule, eine außerordentliche Belastung erfahren.

Die Verwaltungsreform muß so durchgeführt werden, daß möglichst wenig Neues eingerichtet wird. Gegenüber den Aufschwungsbereinigungen kann sich nur die enge Zusammenarbeit aller Kreise durchsetzen. Weiter arbeitet auch der Beamtenkörper nicht mehr mit der gemachten Sicherheit. Allen Ständen muß zugehört werden, daß sie ihr Mitspracherecht gegenüber dem Staat neu beleben. Der Redner wendet sich unter fortwährenden Zwischen-

rufen der Unabhängigen und Beifallsumgebungen der Redner entgegen, daß er vor dem 9. November den Personstandpunkt vertreten haben soll.

Dem Abg. Meier stehen viele meiner Parteifreunde nicht absichtlich gegenüber.

Sobald er einen gefunden Kern trifft. Das Zweikammersystem, in dem eine Kammer die Arbeit verrichtet, kann augenblicklich wirkunglos werden. Wir erwarten jedenfalls von der Regierung, daß sie keinen Frieden unterschreibt, der die Ehre des deutschen Volkes antastet. (Lebhafte Zwischenrufe der Unabhängigen.) Nur Selbstvertrauen, Sparsamkeit und Arbeit können uns vor dem Untergang retten. (Beifall der Beifall.)

Abg. Schmedding (Zentr.): Da die Eisenbahnverwaltung höchstens die Hälfte der erhofften Mehreinnahmen, die Bergbauverwaltung überhaupt keine Mehreinnahmen bringt und noch die nichtqualifizierten Beiträge für die Erwerbslosenversicherung sowie für Revolutionsschäden hinzukommen, so wird sich der Selbstbeitrag auf mindestens zwei Milliarden belaufen. Durch den Selbstbeitrag der zwei Milliarden wird sich die Staatsschuld auf fast 10 Milliarden belaufen. Wir werden bei dieser Lage der Dinge nicht daran bekommen können, auch

in Preußen die Steuerkrone noch kräftiger anzuziehen. Das darf aber nicht in Form der rohen Zuschläge, sondern auf dem Wege besserer, gerechterer und gleichmäßigerer Veranlagung geschehen.

Abg. Heilbrunn (Dem.): Heber unsere Finanzlage angesichts des Staatsetats für 1910 zu sprechen, ist überaus mißlich. Alles, was uns vorliegt, beruht auf Schätzung, wir haben nur eine einzige Tatsache, das ist die Umgestaltung des Einzahlungswesens. Nicht nur veraltungstechnisch, sondern eben auch mit Rücksicht auf die großen finanzpolitischen Fragen muß die

Sicherheit des Reichstages gefordert werden. In den alten Anträgen haben sich ja jetzt sogar neue eingeschoben, so in den Kommunen die Arbeiterräte, die sich nicht nur als Kontrollinstanzen aufstellen, sondern auch direkt in die Kommunalverwaltungen mit Maßnahmen eingreifen, die sehr weittragende finanzielle Konsequenzen haben. Wir Demokraten sehen die politischen Fragen, die der 9. November aufgeworfen hat, in ihren Grundlagen als gelöst an, die demokratische Republik ist eingeführt und muß in der neuen Verfassung ein festes Fundament erhalten. Nun soll man die Demokratie endlich auch einmal praktisch werden lassen. Unsere Verfassung muß von Grund auf mit neuem Geist erfüllt und nicht mit nur einem Tropfen, sondern mit einer ganzen Masse demokratischen Geistes erfüllt werden. Der Reichstag hat auf der äußersten Rechten eine gewisse Gegenseitigkeit gefunden. Graf Westarp und Hoffmann finden sich wieder zusammen.

Das Räteystem ist aber nichts anderes als das umgekehrte verübliche Herrenhaus.

(Sehr richtig!) Wenn wir uns durch Theorien abschließen, die dem Auslande fremd sind, so kommen wir nicht zu gemeinsamer Arbeit. Wir werden hoffentlich bald zu einem Frieden kommen. Wer können ihn aber nicht zustimmen, wenn er uns chelos und zu Sklaven macht. (Beifall.)

Mittwoch, 12 Uhr: Wiederberatung. Schluß 6 Uhr.

# Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter Deutschlands.

## Zweiter Verhandlungstag.

In der Diskussion sprachen zunächst die Delegierten Gottschalk, Leipzig, Heinrich Göttingen und Gollub-Berlin, die den Bericht des Vorstandes und seine Handlungen kritisierten. Besonders der letzte Delegierte suchte eine politische Debatte zu entfachen, indem er mit seinen Ansichten über den entschiedenen Widerspruch der großen Mehrzahl der Delegierten. In der weiteren Debatte vertritt Herr Gollub-Chemnitz von seinem kommunistischen Standpunkt aus die Kriegspolitik der Gewerkschaften und macht sie für die Verlängerung des Krieges verantwortlich. W. König, der als Gast erschienen ist, hat den Wunsch, sich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen über die von ihm vertretene Politik zu äußern. Der Verbandstag erklärt sich damit einverstanden, und König führt aus: Da er an der Kriegspolitik des Vorstandes keinen Anteil habe, so sei er dem Verbandstage dankbar, daß er ihm das Wort gelasse. In der Stellung der Internationalen hänge heute vor allem von der Haltung der Arbeiter in den feindlichen Ländern ab. Wenn die feindlichen Regierungen uns wirklich den Schwadmeisen auflegen können, wie sie es beabsichtigen, ohne von ihren Vätern daran gehindert zu werden, so würde es um die Internationale schlecht bestellt sein. Der Sinn der Revolution sei vielen noch unbekannt. Soll die Revolution zur Sozialisierung der Produktionskräfte führen, so müsse die Entscheidung darüber in den führenden Wirtschaftsländern fallen.

Die Revolution müsse zur Weltrevolution werden.

Das aber werde sie nicht, wenn wir der Anarchie verfallen, sondern nur wenn wir sobald wie möglich zu einer festen Wirtschaftsordnung zurückkehren. Der Bolschewismus spreche die Vorfürer der Revolution ab. Wir müßten das Beispiel einer proletarischen Revolution aufziehen, die die Ordnung nicht zerstört. Dies Beispiel werde den revolutionären Gedanken die größte Schwungkraft geben.

Es sprachen noch Claus-Berlin, Müth-Göln, Bergert-Neubach a. H., Schreiber-Brandenburg, Labor-Greif, Gortier-Mannheim, von denen nur Schreiber-Brandenburg die Verhandlungsprotokolle beurteilt. Gortier-Mannheim führt dann aus, daß gegen den Vorstand und seine wirtschaftliche Tätigkeit überhaupt kaum Anstellungen erhoben worden sind. Die Kritik habe sich fast nur gegen die politische Anschauung der Vorstandsmitglieder gerichtet.

Die Debatte wurde durch Annahme eines Schlusstrahls beendet. Im Laufe der Diskussion waren folgende Erklärungen eingegangen: Die Kollegen von Leipzig sehen sich veranlaßt, auf Grund der Angriffe vom Sonntag zu erklären, daß sie keine Arbeiter- und Organisationszersplitterer sind, sondern behaupten, daß gerade die geistigen Auswüchse von Kapsow und Wilmig gegenrevolutionärer Natur waren und folgebahnen nicht aufbauend wirkten. Das ist auch die Auffassung der gesamten leitenden Kollegen. (Z. A.: B. Gottschalk.)

Die unterzeichneten Delegierten von Berlin, Spandau und Chemnitz geben hiermit die protokolllarische Erklärung ab: In der Verhandlung der Anträge 1-3 ist den Antragstellern jede sachliche Begründung illusorisch gemacht, indem Heberung zur Tagesordnung beantragt und angenommen wurde. Sie halten diese Erörterung als unbedingt notwendig, da sie die Verpfändung der geistigen Betätigung gegenüber ihren Mandatgebern haben. Paul Gollub, H. Käster, Albert, Claus, Müller, Homburg, Otto Bachmann, J. Hebert, Jäger, Seinemann, Falkenberg.

In den Schlussworten werden sich Göttinger und vor allem Kapsow sehr ausführlich gegen die Erklärungen und die ihnen zugrunde liegenden Anschauungen und deren überwiegend Beschl.

Es erfolgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge zum ersten Punkt über die Tagesordnung. Angenommen wird ein Antrag, der den Verhandlungsprotokoll beantragt, auf den Abzug der Preise hinzuzusetzen. Weiter ein Antrag auf eine Verfilmung mit Verbänden anderer Berufe im Baugewerbe.

Die Mandatsprüfungskommission hatte sich geteilt, daß mehreren Delegierten aus dem Inlande kein Bescheid über die Ausreiseerlaubnis nicht erteilt worden ist. Aus dem Bezirk München sind 5 Delegierte und auch der Bezirksleiter nicht erschienen, was auf Kurieren in Bayern zurückzuführen ist. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch Silberstein-Berlin, die Bauarbeiterkommission durch Heine-Berlin vertreten.

Die Verhandlungen werden am Mittwoch früh vertagt.



# Gewerkschaftsbewegung

## Aus der Generalversammlung der Metallarbeiter.

Zur Information unserer Leser tragen wir heute die in der Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes gefassten Beschlüsse nach. Zunächst wurde die noch ausstehende Wahl eines Angestellten erledigt. Gewählt wurde Max Ziese.

Sodann wurde zur Wahl einer Sekretärin Stellung genommen. Die von der Kommission zur Vorbereitung der Wahl vorgelegenen weiblichen Mitglieder mußten zunächst ihr politisches Glaubensbekenntnis ablegen,

und sodann wurde beschlossen, daß beide von der Kommission vorgelegenen Kolleginnen zur Wahl gestellt werden sollen. Die Wahl findet zugleich mit der Abstimmung über andere wichtige Verbandsangelegenheiten am 25. Mai statt.

Sodann wurde dem zweiten Bevollmächtigten mitgeteilt, daß die Angestellten Richter in Spandau und Halles in Regel ihre Stellen gekündigt haben. Diese Stellen müssen gemäß dem Ortsstatut ausgefüllt werden. Bis zur Erledigung der Ausschreibung werden diese Stellen provisorisch besetzt.

Nummer wurde ein Antrag Richard Müller erledigt, auf die Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses den Punkt: „Arbeitsgemeinschaft oder Räteystem“ zu setzen. Als Korreferent für diesen Punkt soll Däumig vorgeschlagen werden.

Unter den noch weiter angenommenen Anträgen ist zu erwähnen ein Antrag, wonach die sofortige Freilassung Ledebours und aller anderen aus politischen Gründen Inhaftierten gefordert wird.

Des weiteren ein Antrag, der die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Entferrnung der Freiwilligenverbände aus Berlin fordert.

Ferner ein Antrag, in dem erklärt wird, ein Zusammenarbeiten mit Angehörigen der freiwilligen Streikbrecherformationen abzulehnen, und schließlich wird noch gefordert, daß alle den Freiwilligenverbänden und Formationen Angehörigen aus dem Metallarbeiterverband ausgeschlossen werden.

Sodann folgte ein Antrag Neundorff, wonach die Generalversammlung sich im Prinzip damit einverstanden erklären soll, daß die Ortsverwaltung mit den zuständigen Stellen über die Verfüzung der Arbeitszeit zugunsten der Arbeiterlosen verhandelt. Ueber diese Frage soll in den nächsten Bezirksversammlungen beraten und sodann in der nächsten ordentlichen Generalversammlung ein endgültiger Beschluß gefaßt werden.

Zur Vorbereitung der Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress wurden 34 Kandidaten aufgestellt. Die Wahl der Delegierten selbst erfolgt am 25. Mai in Lokalen, die noch später bekanntgegeben werden.

Charakteristisch ist bei der Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftskongress, daß auch hier die einzelnen Vorgelegenen nach ihrem politischen Glaubensbekenntnis getrennt wurden und des weiteren nach ihrer Stellung zum Räteystem. Wer nicht auf dem Boden der U. G. V. D. stand oder sich nicht entsprechend der Resolution Müller zum Räteystem bekannte, wurde nicht mit auf die Kandidatenliste gesetzt.

Nummer berichtete Ruch über die

Vertratsitzung am 27. April in Stuttgart.

Nach dem Bericht hat der zweite Vorsitzende des Verbandes, Reichel, auf die inneren Unruhen in unserem Verbands hingewiesen und erklärt, die Schuld an den Unruhen tragen die Unabhängigen und Kommunisten. Auf deren Treiben seien auch die Vorkommnisse in verschiedenen Städten Deutschlands zurückzuführen. Des weiteren erklärte Reichel, daß der Vorstand mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Funktionäre und Angestellten des Verbandes vor Gefährdung bedrückt und schützen werde und erklärte es als unzulässig, daß bei der Neuwahl von Angestellten usw. die Mitgliedschaften nach der politischen Zugehörigkeit der sich Bewerbenden fragen.

Ferner habe in der Vertratsitzung erklärt, daß, wenn die Dinge sich nicht ändern, es besser sei, wenn jede Richtung ihre Mitglieder zusammenberuft, und dann beide nur der offene Kampf übrig, der geführt werden müsse. Die beiden Bevollmächtigten der Verwaltungsjahre hätten daraufhin erklärt, daß der Hauptvorstand die Pflicht habe, für die Einigkeit und Geschlossenheit in der Organisation zu sorgen. Sie beantragten eine Sitzung des erweiterten Verbands und im Anschluß daran eine außerordentliche Verbandsgeneralversammlung, die Richtlinien über die Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation aufzustellen habe. Der Antrag dieser beiden Kollegen auf Einberufung einer außerordentlichen Verbandsversammlung sei vom Verbandsrat abgelehnt worden. Die Berliner Ortsverwaltung habe zu diesen Dingen Stellung genommen; die Situation sei außerordentlich ernst und es müsse daher vom Hauptvorstand die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung erzwungen werden.

In der Diskussion wurde ein Antrag gestellt und schließlich angenommen, der dahin geht, daß die Ortsverwaltung aufgefordert wird, die für die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung notwendigen Unterschriften zu sammeln.

Weiter heißt es in dem Antrag: Zu der am 12. Mai stattfindenden Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin ist der Hauptvorstand einzuladen, um den Funktionären darüber Aufklärung zu geben, warum Fernide die vorgenannte Äußerung getan hat.

Des weiteren wurde folgender Antrag angenommen: „Die Generalversammlung fordert die Ortsverwaltung auf, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß die Protokolle der letzten Vertratsitzung der Berliner Mitgliedschaft zur Kenntnis gelangen.“

Dieser Antrag kam von einem Teil der Generalversammlung, der Zweifel an der Objektivität des Berichtes von der Vertratsitzung hegte und sich erst durch Einsichtnahme in das Protokoll volle Klarheit verschaffen wollte.

Ein Antrag betreffend Regelung der Gehalts- und Ferienfrage für die Angestellten wurde der Ortsverwaltung zur Erledigung überwiesen.

Schließlich teilte Ruch mit, daß für einzelne Gruppen der Kollektivvertrag gekündigt ist, doch haben bis jetzt keinerlei Verhandlungen zwecks Erneuerung der Verträge stattgefunden. Es scheint, als ob die Unternehmer den Verhandlungen aus dem Wege gehen wollten. Es erscheine ihm deshalb notwendig, den Unternehmern zu sagen, daß, wenn sie den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer nicht nachkommen, den Kollegen in den einzelnen Branchen empfohlen werden müsse, mit befristeten Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten.

Eine Hauptaufgabe der Ortsverwaltung soll zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Des weiteren sei es notwendig, daß diejenigen Unternehmer, die sich weigern, die Löhne zu bezahlen, an denen die Metallarbeiter infolge des Angestelltenstreiks nicht arbeiten konnten, durch geeignete Mittel zur Erfüllung dieser Forderungen gezwungen werden.

Zum Schluß gab Schulze eine Erklärung dafür ab, daß er als Mitglied der Prüfungskommission für die Angestelltenwahlen ausgeschieden sei. Er habe

die undemokratische Handlungsweise und die Einseitigkeit, die die Mehrheit der Kommission bei Erledigung ihrer Aufgaben geliebt habe, nicht mit seiner Überzeugung vereinbaren können. Ruch bemerke hierauf, daß sich die Prüfungskommission mit dieser Erklärung noch beschäftigen werde.

## Tarif-Abschluß für die Einnehmer der Volkerversicherungsgesellschaften.

Die Einnehmer, Einnehmer und Kassendoten der Versicherungsgesellschaften haben seit Ende v. J. in einer Lohnbewegung im Januar d. J. raten die Viktoria-Einnehmer, im Februar die Kassendoten bzw. Einnehmer gelegentlich des Streiks der Versicherungsgesellschaften in den Ausstand. Bis zum Abschluß eines Tarifvertrages wurde ein Provisorium von 75 M. als Gehaltszuschlag gewährt.

Durch den jetzt abgeschlossenen Tarif sind die Einkommensverhältnisse der Einnehmer in den Volkerversicherungsgesellschaften wesentlich aufgebessert worden.

Das Grundgehalt beträgt 225 M. Hierzu kommt ein Ortszuschlag nach der Ortsklasseneinteilung des Reichsbedienstetengesetzes vom 15. Juli 1909 für Ortsklasse D 15 M., C 50 M., B 50 M., A 75 M. Das Gehalt steigt nach dem 1. Dienstjahr um 10 M., nach 2. und 5. Jahren wiederum um je 10 M., nach 10 Jahren um weitere 15 M. Rechenbeurteilung erhalten eine Funktionszulage von 50 M.

Falls Uniform nicht geliefert wird, ist eine Kleidergeldzuschlag von 25 M. pro Monat zu zahlen.

Die Arbeitszeit soll 8 Stunden nicht überschreiten. Der Tag vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten ist dienstfrei.

Nach einjähriger Dienstzeit werden 6, nach dreijähriger 12, nach sechsjähriger und längerer Dienstzeit 18 Tage Urlaub gewährt.

Die Abschlußgebühren werden nach den bei der Viktoria üblichen Sätzen gezahlt.

Wenn auch nicht alle Wünsche der Einnehmer erfüllt wurden, so erklärten sich dieselben mit dem Erreichten doch einverstanden; nur durch die geschlossene Bilanz innerhalb der Organisation konnten diese Zugeständnisse erzwungen werden.

Für die Kassendoten bzw. Einnehmer der Lebens-, Feuer-, Vieh-, Hagel- und sonstigen Versicherungsgesellschaften werden besondere Verhandlungen notwendig. Auch für die in den Generalagenturen tätigen Kassendoten muß noch eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Platz greifen, da in denselben noch vorstufliche Zustände herrschen.

Am Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, linker Seitensügel III, Zimmer 99, eine Versammlung der Kassendoten aus den Lebens-, Feuer-, Vieh-,

Hagel-, Transport-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen statt, wozu hi. durch eingeladen wird.

Auskunft erteilt Kollege Friedr. Ludow, Berlin N. 113, Carmen-Platz-Str. 29.

## Der Streik der Berliner Holzbildhauer.

Die Vertrauensmännerversammlung beschloß nach einem Bericht des Obmannes über die Verhandlungen in der Holzindustrie, sich dem Streik anzuschließen. Folgender Antrag wurde gegen 2 Stimmen angenommen: Lohnerhöhung ab 1. April 40 Pf., ab 1. Mai 10 Pf. pro Stunde Grundlohn von 3 M., Durchführung der 40stündigen Arbeitszeit mit Lohnausgleich.

Die Streikversammlung der Holzbildhauer vertrat einmütig den Standpunkt, alles zu veranlassen, diese Forderungen zur Geltung zu bringen.

Am 1. Streiktag wurde festgestellt, daß 100 Firmen mit 490 Kollegen am Streik beteiligt sind. 62 Kollegen arbeiten unter den neuen Bedingungen.

Die Streikleitung befindet sich im Gewerkschaftshaus, Zimmer 4. Alle Anfragen sind dorthin zu richten. Die Streikleitung.

Kassendoten der Feuer-, Einbruch-, Lebens-, Vieh-, Hagel-, Transport-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, linker Seitensügel 3. Tr., Zimmer 99, nächste Versammlung. Tagesordnung: Unsere Tarif- bzw. Lohnbewegung, Diskussion und Beschlußfassung, Verschiedenes, Mitgliederlisten bzw. Mäher mitbringen.

Einflussreicher, Einflussreicherinnen, Kassendoten, Hausdiener und Lagerarbeiter aus den Bank-, Abzählungs-, Nähmaschinen-, Versicherungs-, Automaten- und Engrosgehilfen. Am Freitag, den 9. Mai, abends 6 Uhr, im „Dresdener Kasino“, Dresdener Str. 96, an der Weingartenstraße, nächste Versammlung. Tagesordnung: u. a.: Bericht von der örtlichen Generalversammlung, Bericht von untern Bewegungen, Ausstellung eines Delegierten zum Verbandsrat in Stuttgart.

Angestellte der Geldstrankindustrie, der Bau- und Kunstschlosserei. Morgen Donnerstag 7 Uhr, Versammlung in der Löwen-Bräuerei, Holz-, Ecke Radstr. Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarifvertrag, Erscheinen aller Kollegen Pflicht.

Vertrieblicher Spandau. Sämtliche Vertrauensleute, Angestellten-, ausführende und Arbeiterräte treffen sich heute vormittag 10 Uhr Kärstr. 2 bei Krug.

## Industrie und Handel.

### Aufhebung des Durchfahrverbots von und nach der Schweiz.

Bern, 5. Mai. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Laut Mitteilung der deutschen Botschaft in Bern hat die deutsche Regierung das Durchfahrverbot von und nach der Schweiz aufgehoben. Für solche Sendungen sind in Zukunft deutsche Durchfuhr-Bewilligungen nur noch erforderlich, wenn die Waren für Ausland und Polen bestimmt sind oder wenn es sich um Lebensmittel handelt.

Die Pflicht zur Aufstellung von Vermögensverzeichnissen. Ueber die Frage, wer zur Aufstellung eines Verzeichnisses von seinem Vermögen nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 verpflichtet ist, herrscht in der Öffentlichkeit noch immer eine gewisse Unklarheit. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß eine untere Vermögensgrenze für die Erfüllung der Pflicht, ein Vermögensverzeichnis bis zum 31. Mai 1919 aufzustellen, in der Verordnung vom 18. Januar 1919 nicht gezogen ist. Es muß also jeder, m a n, der Vermögen im Sinne der Verordnung besitzt, eine Vermögensaufstellung machen, womit der Reberzweck der Erzielung zur Durchführung verfolgt wird. Hauptzweck ist, eine Grundlage für die künftigen Steuerabgaben zu gewinnen. Eine Einkommensteuer der Vermögensverzeichnisse bei der Steuerbehörde ist zunächst nicht vorgesehen. Sie dürfte später gleichzeitig mit der Steuererklärung gefordert werden.

## Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Bezirk 3 (Süd-Ost). Große Versammlung von Kriegshinterbliebenen morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, Schul-aula, Luchter Weg 2. — Arbeiter-Kadaverbund Solidarität, Ortsgruppe Neumarkt. Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung bei Singer. Alle Mitglieder und Sportfreunde eingeladen. Mitgliederbücher und Militärnachrichten mitbringen. — Verein ehem. Schüler der 60. Gem.-infanterie. Sitzung 9 Uhr, Barnsdorfer Str. 68. Gäste willkommen. — Die Deutsche Gewerkschaft zur Bekämpfung der Reichswehrarbeiten veranstaltet am 14. Mai, abends 8 Uhr, in den verschiedensten Stadtteilen große öffentliche Vorträge für Frauen und erwachsene Mädchen. Genauere Anzeige folgt nach.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen: Kühl und im Süden übermäßig bewölkt, mit öfter wiederholten, meist geringen Niederschlägen. Im Norden, besonders an der Küste, größtenteils trocken und vielheitlicher bei trübigen östlichen Winden.

Rechtsanwältin für Politik Ernst Müller, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Reiches: Alfred Scholz, Reutheustraße 10, für den übrigen Teil Berlins, Berlin, Verlag: Hermann-Berling & Co., Berlin. Druck: Hermann-Berling-Verlag und Verlagsanstalt Graf Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 2, Stern 1 Verlag.

# Erklärung des Verbandes Berliner Bankleitungen.

Die gestrigen Frühzeitungen enthalten die Ankündigung, daß im Reichs-Arbeitsministerium ein Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in seiner ersten Fassung fertiggestellt worden sei. Diese Mitteilung wird u. a. durch folgende nähere Angaben erweitert:

Der vorliegende Entwurf sichert den Angestellten das Mitbestimmungsrecht in weitgehender Weise. Als Grundlage für die Beratungen dienen die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern kürzlich abgeschlossenen Verträge. Man stütze sich also auf die Abmachungen, die im Bankgewerbe, Versicherungswesen und in der Metallindustrie bereits vorliegen. Der Entwurf gibt den Angestellten zunächst das prinzipielle Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen, in bedingter Weise auch bei Beförderungen und Neueinstellungen.

Der Umstand, daß in dieser Ankündigung des Gesetzentwurfes auf die Abmachungen Bezug genommen wird, die im Bankgewerbe, Versicherungswesen und in der Metallindustrie bereits vorliegen, veranlaßt den Verband Berliner Bankleitungen zu folgender tatsächlichen Feststellung:

Während des Streiks der Bankbeamten wurden die ersten Einigungsverhandlungen unter Mitwirkung sämtlicher Parteien am 10. April 1919 vor dem Reichs-Arbeitsministerium geführt. In diesen Verhandlungen beschränkte sich die Frage lediglich auf das Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen und Kündigungen. Die Banken erklärten, daß sie für diese Fälle ein Mitbestimmungsrecht in beschränktem Umfang zugestehen könnten. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Beförderungen wurde aber von den Banken auf das entschiedenste abgelehnt. Die Verhandlungen bewegten sich

daher auch nur im Rahmen des Mitbestimmungsrechts bei Entlassungen und Kündigungen. Erst im weiteren Verlaufe des Streiks wurde auf die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts über den Rahmen der Kündigungen und Entlassungen hinaus zurückgegriffen. Die Banken verhielten jedoch auf ihrem ablehnenden Standpunkte, bis die Metallindustriellen über den Schiedsspruch in ihrer eigenen Sache am 18. April auch ein beschränktes Mitbestimmungsrecht bei Neueinstellungen den Angestellten der Metallindustrie einzuräumen sich veranlaßt sahen.

Die Bankleitungen hatten die schwersten Bedenken, dieses Zugeständnis zu machen, und sie taten es gegen ihre Überzeugung, lediglich, um den schweren wirtschaftlichen Schädigungen, die der Bankstreik im Gefolge hatte, möglichst schnell ein Ende zu bereiten. Sie taten es ferner in der Voraussetzung, daß die demnächstige reichsgesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechtes den schweren Bedenken der Bankleitungen und der Metallindustriellen Rechnung tragen und nur ein Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen, nicht aber bei Neueinstellungen betreffen würde. Die Öffentlichkeit wurde von diesem grundsätzlichen Verhalten des Verbandes Berliner Bankleitungen durch dessen in der Tagespresse bekanntgegebenen Erklärung vom 19. April 1919 unterrichtet.

Trotzdem die Banken fortgesetzt ihre grundsätzlichen Bedenken wiederholten, kam in dem Schiedsspruch vom 20. April 1919 durch Majoritätsbeschluß der § 5 mit folgendem Wortlaut:

„Die Bankleitung ist verpflichtet, dem Angestellten-Ausschuß von jeder Neueinstellung eines Angestellten Kenntnis zu geben. Dieses gilt nicht für die Einstellung

von General- und Handlungs-Bevollmächtigten, von Direktoren, Angestellten in leitender Stellung und von Vertretern der Firma, die in das Handelsregister eingetragen sind.“

und ferner der Abschnitt II mit folgendem Wortlaut: „Wird über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten ein Reichsgesetz erlassen, so bleibt die Aufstellung neuer Regeln für die Tätigkeit der Angestellten-Ausschüsse der Banken, die den besonderen Verhältnissen im Bankbetriebe Rechnung tragen, neuen Verhandlungen vorbehalten“ zustande.

Die Beisitzer der Banken wurden überstimmt. Sie bekundeten jedoch ihre Stellungnahme durch einen Protest, der in das Protokoll über die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses aufgenommen ist. Von diesem Protest wurde die Öffentlichkeit durch eine ebenfalls bekanntgegebene Erklärung des Verbandes Berliner Bankleitungen vom 21. April 1919 unterrichtet.

Wenn jetzt die Fertigstellung des Gesetzentwurfes mit dem Hinweis angekündigt wird, daß „er sich auf die Abmachungen stütze, die im Bankgewerbe usw. bereits vorliegen“, so steht diese Begründung mit der oben dargestellten Sachlage nicht im Einklange.

Sowohl in den Verhandlungen im Reichs-Arbeitsministerium als im Schlichtungsausschuß, wie überhaupt in jeder Besprechung mit Behörden haben die Banken stets daran festgehalten, daß die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes auf die Fälle der Einstellungen und Beförderungen nicht nur eine schwere Schädigung ihrer Betriebe, sondern auch von Handel und Industrie im allgemeinen und vor allem auch der Angestellten selbst bedeute.

Bank für Handel und Industrie. Deutsche Bank. Dresdner Bank. Commerz- und Disconto-Bank. Direction der Disconto-Gesellschaft. Mitteldutsche Creditbank. Nationalbank für Deutschland.



Groß-Berlin

Die Soldatenräte Groß-Berlins hielten Dienstag eine Vollversammlung ab, in der sich die Redner entschieden gegen das Vordringen des reaktionären Offiziergeistes wandten...

Öffnet die Volksbadeanstalten!

Aus der Schönhauser Vorstadt geht und die Klage zu, daß die Volksbadeanstalt in der Oberberger Straße noch geschlossen ist. Der Betrieb wurde in den ersten Tagen der Denkschrift...

Was bleiben die Kartoffeln? Hunderte Bauernfamilien haben rasch vor ihrem Stübchen umgegraben Erde und worten auf Kartoffeln. Den Leitern verschiedener Kolonien ist es nicht möglich, die geringen Mengen von sechs bis fünf Pfund...

Haus Schönau. In der Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins teilte der Vorsitzende Dr. Wollenberg mit, daß wegen der Ueberführung der Kopfbedeckungen aus dem aufgelösten Kasernement nach Haus Schönau mit dem Generalarzt verhandelt...

Ein Doppelgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

Er sah noch lange, noch manche Stunde, bis der Mond schon unter war und er alles schlafen glaubte; da schritt er leise aus der Kammer und aus dem Hause. Die Luft war schwül; nur mitunter fuhr ein Windstoß auf, und fast undurchdringliche Finsternis lag auf der Erde...

Er stand und horchte, als jolle eine Stimme von oben aus der Nacht zu ihm herunterkommen; dann krampfte seine Hand sich um den Sockel; er lief nur weiter, immer weiter; kaum fühlte er, daß jetzt hohe Felsen ihm mit ihren rauhen Köpfen ins Gesicht strichen; kein Stern zeigte ihm den Weg...

behandlung würde bei den Patienten auf keinen Fall vorgenommen.

Arbeiterräte Groß-Berlins, kommunale Arbeiterräte und Soldatenräte S. P. D.

Deute, Mittwoch, 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses gemeinsame Sitzung. 1. Behandlung der Ernährungsfragen. Referent: Reichernährungsminister R. Schmidt.

Die nächste Vollversammlung der Groß-Berliner u. S. Räte wird vom Vorstand — Genosse Brast ist nicht mituntergezeichnet — auf Sonnabend, den 10. Mai, vormittags 10 Uhr, in die Kammerstraße, Teltower Straße, einberufen.

Lehrkurs für Erwerblose an den hiesigen Volkshochbildungsschulen unentgeltlich gegen Vorweisung der Ausweisarte der Erwerblosen für die Kurse. Jünglinge und Männer: Deutsch, Literatur, Geographie, Rechnen, Algebra, Geometrie, Trigonometrie, Physik, Chemie, Englisch, Französisch, Buchführung, Stenographie, Maschinenschreiben, Korrespondenz, Fachzeichnen, Projektionszeichnen, Zielzeichnen, Schriftzeichnen, Schönheitszeichnen, Turnen und Gesang.

Die Verbände- und Erfrischungshäuser auf den Berliner Bahnhöfen haben im Verlauf des Krieges mehr als 10 Millionen Soldaten versorgt und es haben dort annähernd 3 Millionen Soldaten übernachtet. Die Zahl der auf den Verbändenstellen behandelten Kranken betrug im letzten Jahre 150 000.

Die Kriegsgeschädigten-Briefmarken waren auf mehreren Postämtern in der ersten Stunde ausverkauft. Ein paar Häuser weiter konnte man sie bei Warfenshändlern bogenweise haben aber 1. B. statt für 35 Pf., für 2 M. Netto Zustände, das muß man logen!

Der Leichenfund im Liegenste ist noch nicht weiter aufgeklärt. Allem Anschein nach liegt ein Verbrechen gegen das feineren Leben vor. Der Liegenste hat einen Fußfuß, über den in der Neuen Kantstraße eine Brücke führt. Wahrscheinlich hat der Täter von dieser Brücke aus das Opfer ins Wasser geworfen.

Ueber die Einrichtung von Schlichtungskommissionen sowie einer Schlichterbestimmungen für Hausangehörige im Bezirk des Immobilienbesitzes des Reichs in Berlin ist im Anhangenteil unserer heutigen Nummer der Beilage des Vorwärts des Groß-Berliner Arbeitsamtes nachzulesen.

Das Malprogramm des Apollotheaters enthält eine Reihe zugkräftiger Nummern. Zum erstenmal zeigt sich Ferdinand Bonn in seinen klassischen Szenen aus Goethes „Faust“ (Mephisto) und Schillers „Mäubern“ (Fronz Moor) auf der Varietebühne.

Ein paar Vögel schreien in die Luft, dann war alles still; kein Menschenfusstritt war jetzt noch in dem Korn. Eintönig kauselten die Aehren, und kaum hörbar nagten die Millionen Geziefer an den Wurzeln oder Schäften der Pflanzen, bis die immer drückendere Schwüle in einem starken Wetter sich entlud und in den hallenden Donnern und dem niederstürzenden Regen alle anderen Geräusche der Erde verschwanden.

In der Kiste am Ende der Rorderstraße fuhr um diese Zeit ein armes Kind aus seinem Schlofe auf; ihm träumte, es habe ein Brot gefunden, aber es hatte in einen Stein gebissen. Halb im Kraum noch griff es in das große Wandbett nach der Hand seines Vaters, doch es ersah nur den Zipfel des Kopffilzens und schlief dann ruhig weiter.

John Glückstadt ist niemals wieder nach Haus und nie zu seinem Kinde zurückgekommen; alle Anstalten der Polizei, eine Spur von ihm zu finden, waren vergebens. Sein Verschwinden wurde einige Tage in der kleinen Stadt besprochen; die einen meinten, er sei entflohen, um nachher mit seinem Kameraden Wenzel zusammenzutreffen und mit ihm übers Meer zu fahren, wo es den Zeitungen gut zu gehen pflege; das Geld zur Ueberfahrt würden sie unterwegs noch Hamburg sich schon zu schaffen wissen, und das kleine Ding sei ja in guter Gut bei Küster-Mariken; die anderen meinten, am Teich da drohnen in der Schleiengrube, neben welcher er und Wenzel ihr Schelmstück einst beraten hätten, habe er den Tod gesucht, und die Ebbe habe ihn ins Meer hinausgetrieben.

Diese Meinungen wurden in einer Tischgesellschaft gegeneinander abgemogen. „Nun, und Sie, Herr Bürgermeister,“ sagte zu diesem die alte Schwägerin des einstigen Sibirienfabrikanten, die er zu Tisch geführt hatte, „was meinen Sie dazu?“

Der Bürgermeister, der bisher kein Wort dazu geredet hatte, nahm erst bedächtig eine Pfeife. „Um,“ sagte er, „was soll ich meinen? — Nachdem dieser John von Raches wegen seiner Strafe abgeblüht hatte, wurde er, wie gebührend, der sieben Mittel zur Selbstdarstellung überlassen. Und sie hat ihn nun auch zu Tode gehent; denn sie ist ohne Erbarmen. Was ist davon zu sagen? Wenn ich was meinen soll, so solltet ihr ihn jetzt in Ruhe lassen, denn er gehört nun einem anderen Richter.“

„Wahrhaftig,“ sagte die Alte ganz erkaunt. „Sie haben doch immer Ihre sonderbaren Meinungen von diesem John Glückstadt!“

„John Hansen,“ berichtigte der Bürgermeister ernsthaft.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Ausgetretene und solche Mitglieder, die, anwider durch die immer mehr um sich greifende Zerlegung und Hintanhaltung des ursprünglich schönen Zweckes des Bundes, diesen verlassen und sich einer neu gegründeten neutralen Vereinigung anschließen wollen, die das alte Ideal „es Bundes wieder pflegen will: Versammlung Freitag in den „Subi-Sälen“, Badstr. 11/12, abends 8 1/2 Uhr.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim errichtet Zweigstellen in Buchholz und Mi-Landsberg; siehe Inserat.

Schöneberg. Die städtische Kinderheilstätte auf der Nordseeinsel führt ist um eine Abteilung für Knochen tuberkulöse Kinder erweitert worden.

Brig. Die Gemeindevertretung wählte Gutschmidt (S. P. D.) und Alfred Schröder (L. S. P.) zu Kreisratsabgeordneten. Der Gemeindefachdienst wurde einstimmig genehmigt. Die Baugesellschaft „Ideal“ will weiterbauen. Der von ihr beantragte Staatszuschuß wird in der Hauptsache davon abhängig gemacht, daß die Stielung größere Gärten erhält. Der bisherige Geländebesitzer ist zu einem wesentlichen Nachlaß des Geländepreises bereit, wenn die Gemeinde darin willigt, daß die Straßenreparatur auf normale Zeiten zurückgestellt wird. Damit ist die Vertagung einberufen. Eine mehrstündige Debatte entfaltete wieder der Antrag der L. S. P., welcher sich mit den Märztagen beschäftigt. Von den dazu vorliegenden Anträgen der S. P. D. und der Bürgerlichen wurde der der S. P. D. angenommen, der sein Bedauern ausdrückt über die Vorgänge, die sich anlässlich der Besetzung des Orts durch Regierungstruppen abgespielt haben. Besonders gegen die vorgenommenen Verhaftungen wird scharf protestiert. Ein Ortsrat über die Sonntagstraße im Handwerkerbezirk, welches sich dem Vorhaben anderer Vorortsgemeinden anschließt, wurde einstimmig genehmigt. Der Antrag der bürgerlichen Fraktionen, die bestehende Verkaufsstelle der Gemeinde aufzugeben, wird durch Annahme eines Antrages des Gemeindevorstandes, am bestehenden Zustande nichts zu ändern, erledigt. Mit der Frage der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung soll sich der Lebensmittelausschuß beschäftigen. Ein Antrag der S. P. D. führt zur Bewilligung von 1000 M. für Schülerfahrten und Spiele der Jugend. Die unentgeltlichen Arbeiten für einen größeren Spielplatz sollen wieder aufgenommen werden, ferner soll der Gemeindevertretung demnächst eine Vorlage zum Zwecke der Errichtung eines Jugendamtes vorgelegt werden.

Treptow-Daumshulowweg. Gemeindevertretung. Der Voranschlag umfaßt 2 1/2 Mill. M. Einkommensteuer auf 200 Proz. 3 1/2 Mill. M. Grundsteuer von 225 auf 250 pro Tausend bei bebauten, von 450 auf 500 pro Tausend bei unbebauten Grundstücken erhöht. Klassifizierung der Schulen im Durchschnitt 80. Neu erlöschene im Etat die Anfänge einer Berufsfeuerwehr. Die unteren Beamtengehälter werden um etwa 1700 M. die mittleren und oberen um 800—900 M. aufgebessert, ebenso sind die jährlichen Teuerungszulagen abgesetzt auf 1600 M. bei den unteren, ferner bis 1000 M. bei den obersten Einkommen, dazu 90 Proz. pro Kind. Die besonderen Stiebzulagen sind in der Hauptsache beibehalten. Anträge der Sozialdemokraten, den Religionsunterricht in den Schulen an den Schluß der Schullehre zu legen; der Unabhängigen, vorläufig die Schreibstube allen Kindern frei zu liefern, und der Lehrer einer Schule, diesen die Rektorwahl zu übertragen, werden den zuständigen Kommissionen überwiesen. Ebenso geschieht es mit dem Antrage unserer Fraktion auf Erleichterung von Wechselgeld für Kleingeldverkehr, das allerdings im Orte nur in ganz geringem Maße vorhanden ist. Am Freitag werden bei Stimmenthaltung der Bürgerlichen 3 Sozialdemokraten und 1 unabhängiger Sozialdemokrat gewählt.

Cöpenick. Stadtvertretung. Zu Kreisratsabgeordneten sind gewählt Herzig und Reher (S. P. D.), Schnorre und Velske (Unabh.), Rudt (Bürgerl.). Der Projekt des Gemeindefachdienstes gegen den Beschluß vom 28. März, der die lebenslängliche Anstellung abschafft, zeitigte eine längere Debatte. Die bürgerlichen Redner führten aus, daß gesetzliche Bestimmungen diesem Beschluß entgegenstünden. Genosse Herzig verlangte die Prüfung der Beschäftigung und beantragte Ueberweisung an die Beamtensatzungskommission. (Angenommen.) Dem Tarif für Gemeindefachdienst wird einstimmig zugestimmt. — Seit in der Zusammenkunft der

— — — Mir kam allmählich das Bewußtsein, daß ich weit von meiner Vaterstadt im Oberförsterhause an dem offenen Fenster stehe; der Mond sah von drüben über dem Walde auf das Haus, und aus den Wiesen hörte ich wieder das Sämannen des Wadstels. Ich zog meine Uhr: es war nach eins! Das Licht auf dem Tische war tief herabgebrannt. In halbvisionärem Zustande — seit meiner Jugend hastete dergleichen an mir — hatte ich ein Menschenleben an mir vorübergehen sehen, dessen Ende, als es derzeit eintrat, auch mir ein Mäfel geblieben war. Jetzt konnte ich es plötzlich; deutlich sah ich die zusammengeworfene Totengestalt des Unglücklichen in der unheimlichen Tiefe. Nachdem ich heute den Namen meiner Wirtin erforscht hatte, wußte ich jetzt auch; noch einmal aus der düsteren Gruft hatte keine lebendige Stimme ein lebendig Menschenohr erreicht; aber es war nur das eines vierzehnjährigen Knaben. Am Abend nach dem Verschwinden des Arnen, da ich bei einer befreundeten Komille eingetreten war, kam der Sohn mit seinem Schmetterlingsfächer schreckensbleich ins Zimmer. „Es hat geknallt!“ rief er und sah sich um, als ob er auch hier noch nicht ganz sicher sei; „doch nur nicht, ich hab es selbst gehört!“ — Zwischen den Kartoffeln auf dem Acker neben dem Gärtnereibrunnen war er gewesen, um sich den Totenkopf zu fangen, der in der Dämmerung dort fliegen sollte; da hatte es unweit von ihm aus dem Kornfeld seinen Namen „Christian!“ gerufen, hohl und heiser, wie er solche Stimme nie gehört; und da er entsetzt davongelaufen, sei es noch einmal hinter ihm hergekommen, als ob es ihn habe greifen wollen.

„Ja, wußte jetzt nach über dreißig Jahren; es hatte nicht geknallt, und nicht „Christian“ hatte er es rufen hören; den Namen seiner Tochter „Christine“ hatte der Mann da drunten in hoffnungsloser Sehnsucht ausgesprochen. Und noch eines wußte ich: ein Arbeiter, mein alter Freund aus der Kinderzeit, hatte einige Tage später draußen an dem Brunnen das Korn mähen helfen. Da hätten wir bald einen Halsen fangen können!“ erzählte er mir eines Abends.

„Einen arden?“ frag ich. „Das mag der Herr glauben! Er war ein Stück in den alten Gärtnereibrunnen hineingefallen — der Himmel weiß, was drunten liegt — aber seine Klachten waren so weit in der Spanne, er schlug und arbeitete damit in dem engen Brunnen und kam nicht gleich heraus. Wir hielten nur keine Anspül, ihn zu schlagen; auch wechte ein übler Dunst uns an; es war, als hätte schon vordem die Kreatur am Hals gefressen!“

(Schluß folgt.)











